

# Merseburger Tagewacht

**Bezugspreis** mit den Steuern „Nur bei Wochen-, „Sonderausgaben“, „Sonnen- und „Lichtausgaben“ und „Sonderausgaben“ durch die Post Nr. 240 ohne Versteuern, durch Post Nr. 2 — frei Haus monatlich — Einzelheft werktäglich nachmittags. — Einzelnummer 10 Pf., Sonntags 20 Pf. — Ausgabestellen: Halle 4 (Hauptstelle) und GutsMuths-Str. — Im Falle höherer Steuern (Steuern) besteht kein Anspruch auf Erstattung oder Rückerstattung.

(Kreisblatt)

**Anzeigenpreis** für den gewöhnlichen Mittelraum 10 Pf., im Kleinformat (Spalten) 40 Pf., für Klipp- und Stadtblätter 50 Pf., Klippblätter, Familienanzeigen ermäßigt; Nacht und Feiertage — Anzeigenannahme: GutsMuths-Str. 4 (Hauptstelle) und GutsMuths-Str. 20 (Kleinformat) 10 Uhr sonntags. — Erstattungen: Merseburg. — Für unretourierbare Zahlungen nicht Rück- Gewähr gegeben. — Postfachkonto Leipzig 16266. — Fernsprecher Nr. 100 und 101.

## Unparteiische Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Nr. 94

Freitag, den 23. April 1926

166. Jahrgang

### Der Reichskanzler vor die Entscheidung gestellt

Ergebnislose Verhandlungen über das Fürstentumskompromiß. — Demokraten und Sozialdemokraten fordern Klarheit über die Absichten der Reichsregierung.

Die Verhandlungen der Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler begannen gestern um 5 Uhr. Die Verhandlungen, an denen sich auch der Reichsjustizminister und der Reichsinnenminister beteiligten, dauerten etwa zwei Stunden, führten jedoch zu keinem Ergebnis. Sie werden heute fortgesetzt werden. Es ist gefast zu erwarten, daß die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, erfordert zweifelsfrei. Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des Reichstages schließt sich daher auch nicht die Fortsetzung der Verhandlungen über das Kompromiß, sondern eine Aussprache über die Geschäftstätigkeit des Reichstages. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird bei den bevorstehenden Verhandlungen voraussichtlich auch die Frage einer Erweiterung der bisherigen Regierungskommission eine Rolle spielen.

Von den Demokraten und den Sozialdemokraten wurde der Kanzler dringend aufgefordert, endlich eine Entscheidung wegen der Fürstentumskompromiß herbeizuführen, um weitere Verwirrungen zu vermeiden.

Die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien, die erst zum Dienstag nächster Woche einberufen werden, werden bei der Schwierigkeit der Lage bereits zu Montag geladen werden, da möglicherweise eine Entscheidung fällt.

Seute vormittag 10.30 Uhr wurden die gestern unterbrochenen Verhandlungen des Reichstages mit den Vertretern der Regierungsparteien fortgesetzt. Den Beratungen wohnten auch der Reichsjustizminister Marg und der preussische Ministerpräsident Braun bei.

### Graf Weizsäcker über den Regierungseintritt

Graf Weizsäcker, der neue Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, nahm gestern zu der von Dr. Stresemann in einer Stuttgarter Rede angekündigten Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei zu einer Erweiterung der Regierung nach rechts vor dem Bundesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei das Wort. In seinen Ausführungen betonte Weizsäcker, daß die rechte Oppositionspartei auf keinen Fall gewillt sei, auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Vorkonferenz ihren grundsätzlichen Oppositionspunkt zu ändern, es sei denn, daß bei den deutsch-russischen Verhandlungen ein Erfolg erzielt werde, der der Deutschen Volkspartei durch einen deutsch-russischen Neutralitätsertrag die in Vorkonferenz verabschiedete Handlungsfreiheit wiedergebe.

Mit dieser hochwichtigen Anweisung ist eine Brücke zu der Deutschen Volkspartei geschlagen, vorausgesetzt natürlich, daß die Partei ernstlich auf die Beilegung der Deutschnationalen, die „hisherigen“ Ergebnisse der Vorkonferenz nach wie vor zu kritisieren, in kein Bewußtsein, denn eine solche Taktik wäre nur geeignet die Position der Reichsregierung zu stärken, ganz abgesehen davon, daß mit den bisherigen Maßnahmen von Vorkonferenz die Regierungsparteien selbst völlig unzufrieden sind.

### Der Schierlingsbecher.

Mein Londoner Feind hat zu Ehren des Bürgermeisters, das wie üblich am 9. November 1925 in der Gildenhalle veranstaltet wurde, in der Gildenhalle in dem deutschen Vorkonzern aus dem „Rebesbecher“ zu. Das war unmittelbar vor den Reichstagsverhandlungen, die die deutsche Reichsregierung beauftragt hatten, nach London zu fahren, um die Vorkonferenz zu unterzeichnen. Damals wurde der Becher von Locarno so oft und so laut angelesen, daß es ein Wunder sein würde, wenn er nicht schließlich an Chamberlain übergeben worden wäre. Das ist aber auch der Fall gewesen, so daß der Becher von Locarno sich in Genf vergeblich befand: H. B.

Und um jeden Zweifel zu beseitigen, hat Chamberlain am 21. April noch einmal im Unterhaus einen Becher kredenzte. Diesmal war es kein Rebesbecher, sondern ein Schierlingsbecher, wie er in Wien den zu Tode Verurteilten gereicht wird. Chamberlain wurde im Unterhaus gefragt, ob es nicht endlich an der Zeit sei, daß sich der Becher von Locarno erhebe. Die Substanzierung sollte sich durch die Mitteilungen ergeben, durch die Abfertigung der Befragungsfragen am 21. April. Der englische Außenminister meint, die Anfragen seien zu einer sehr unangenehmen Zeit gestellt, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Unklarheit dieser Zeit als solche zu klären. Als Grund für dieses Mißgeschick hat Chamberlain für notwendig, die von dem Vorkonzern vor der Unterzeichnung des Balfourvertrages in Genf abgegebene Erklärung umzudeuten und umzubiegen. Der Bericht soll nur erklärt haben, Deutschland lehne endlich Balfourverträge für die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen zu bieten. Das ist schon keine Vorkonzernmehr, das ist ein gefälschter Becher, das ist die Unterzeichnung des Balfourvertrages auf dem schiefen Becher verlegen zu sein. Das Chamberlain am 21. April im Unterhaus gesagt hat, ist nicht anders, als daß die berühmten „Mitteilungen“ faule Gefälligkeitsschweifel seien. Die deutsche Reichsregierung hat die Vorkonferenz unterzeichnet, die nicht nur einen Becher auf deutsches Volk und deutsches Land ausstreuen, die auch die Position anderer Vorkonzern binden, just da, wo noch Gegenüberstellungen vorhanden waren und sind.

Sie wollten als gleichberechtigte Macht in den Balfourvertrag einziehen, um uns damit endlich jeder Fährde der Entschleierung zu begeben. Die Engländer als führende Vorkonzernmacht die Gleichberechtigung einbüßen, hat uns Chamberlain am 21. April gezeigt. Die Vorkonzern denken nicht daran, die Befragungsfragen abzugeben, obwohl die Befragung an sich ein Lohn auf den wiedererhaltenen Becher von Locarno ist. Wertvoll ist das Verhalten der deutschen Vorkonzern. Sie, die Vorkonzern vor der Unterzeichnung mit dem Vorkonzern einverstanden nimmt von Chamberlains schroffen Absagen entweder überhaupt keine Worte oder nur ein nur ein verächtlicher Satz. Das „Berliner Tageblatt“ hatte am 22. April in der Morgenausgabe überhaupt keine Meldung über die Erklärungen Chamberlains, obwohl sie abends vorher eingetroffen war.

Dafür beschäftigt sich die Vorkonzernpresse umso mehr mit der Fürstentumskompromiß, die ja nach dem offiziellen Auffassung für das deutsche Volk wichtiger ist als die Befragung deutschen Gebietes durch fremde Truppen. Chamberlain hat seine unumwundenen Antworten auf Anfrage von Mitgliedern der Arbeiterpartei gegeben. Wer die parlamentarische Technik des englischen Unterhauses kennt, weiß, daß Fragen und Antworten in der Regel aufeinander abgestimmt werden. Und den englischen Sozialisten machte es offenbar Freude, den deutschen Vorkonzern-Zustimmen zu beweisen, daß sie mit ihrer unerschrockenen und unverantwortlichen Vorkonzernpolitik dem deutschen Volk einen Vorkonzern geleistet hätten.

### Die Räumung des Gaargebietes.

London, 22. April. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob auf der kürzlich zum Aufbruch des Balfourvertrages ein Zeitpunkt festgelegt wurde, innerhalb dessen die französischen Truppen aus dem Gaargebiet zurückgezogen werden sollen, antwortete Chamberlain, die Antwort laute verneinend. Die französische Regierung habe sich aber verpflichtet, bis zum 31. Mai ein Entschluß zu fassen, und dementsprechend den Schritt der Rückziehung der übrigen Teile der im Gaargebiet stehenden Truppen durchzuführen.

### Amerika und die Kriegsschuldfrage.

London, 22. April. Wie die Abendblätter berichten, wird Präsident Hoover, ein französisches Mitglied des amerikanischen Vorkonzerns, Anfang Mai eine Resolution einbringen, die die Fortsetzung auf Einsetzung einer internationalen Kommission zum Zwecke der Feststellung der Kriegsschuldfrage enthält. In der Entschleierung wird der Vorkonzern folgende Geboten, eine Kommission von Sachverständigen neutraler Nationen zu ernennen, die die geheimen Dokumente aller am Kriege beteiligten Vorkonzern prüfen soll.

### Ausbruch eines türkisch-italienischen Krieges im Sommer 1926?

Paris, 23. April. „Chicago Tribune“ will aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Türkei den Ausbruch eines Krieges mit Italien im Laufe des Sommers befürchte. Das Blatt berichtet ausführlich über die aus Unklarheit dieser Beziehungen angeblich bereits getroffenen militärischen Vorbereitungen und politischen Erwägungen, die sich einerseits um die Sicherung einer wohlwollenden Neutralität Englands durch Wiederherstellung des Status quo in England, andererseits um Annahme angeblicher russischer Hilfsangebote drehen sollen.

### Die Türkei sucht Hilfe gegen Italien.

London, 22. April. In den italienischen Veröberungen, die Vorkonzernschiffung im Mittelmeer zu gewinnen, bemerkt man in britischen politischen Kreisen, Frankreich werde vermutlich bereit sein, der Türkei zu helfen, zum mindesten diplomatisch. Es verlautet bereits, Brüssel ist es gelungen, Süditalien zu beeinflussen, daß es von Italien größere Kontingente fordert, als dies eingedungen bereit ist. Italien verdrängt Süditalien einen Teil Albanien. Die Süditalien wollten aber ganz Albanien haben, besonders die Küste, und natürlich die Türkei nicht geneigt, diese Forderung zu bewilligen. Die Türkei sollen sich ferner auf Frankreich verlassen, daß dieses Großbritanniens beeinflusst, damit es der Türkei gegenüber eine freundliche Haltung einnimmt. Man hat erfahren, daß die Türkei auch mit Italien in Verbindung sei.

In London sind Mitteilungen eingegangen, daß die letzten britischen Vorkonzernschiffe in der Maffiusfrage von türkischen Kabinett auf aufgenommen wurden; es bestrebe die Ansicht, daß sie als Grundlage für eine endgültige Regelung dienen würden. Gegenüber türkischen Vorkonzernschiffen über den Inhalt der britischen Vorkonzernschiffe wird jedoch gesagt, Großbritannien habe nicht beabsichtigt, eine türkische Forderung zu garantieren unter der Bedingung, daß vorher eine Einigung über Mosul erfolge, noch sei bekannt, daß Berlin an dem Schicksalsbestimmung zwischen der Türkei und dem Irak teilhabe. Es scheint jedoch zuzutreffen, daß Abmachungen über Gebietsabtretungen an der gegenwärtigen nördlichen Vorkonzern getroffen wurden und daß Großbritannien sich verpflichtet, auf den Balfourvertrag einzugehen, um die neuen Grenzfestlegungen bestätigt zu erhalten.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel meldet, seien die militärischen Vorbereitungen der Türkei sehr viel umfangreicher sein, als man bisher angenommen habe. Die Gesamtzahl der mobilisierten Truppen wird auf 250.000 geschätzt. Die Angor-Regierung soll sich darüber klar gemacht haben, daß nur der Becher auf Mosul und auf die Gebiete in dieser Gegend einen italienisch-türkischen Angriff auf die Türkei verhindern können.

Winnen. In politischen Kreisen Angoras sei man sich über einen Becher auf Mosul keineswegs einig. In militärischen Kreisen sei man entschieden gegen alle Zugeständnisse in der Mosulfrage.

### Ein russisch-türkisches Waffenbündnis?

New York, 23. April. „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß die russische Regierung der türkischen Vorkonzernschiffung habe, sich als unabhängiges Mitglied mit der Sowjetrepublik zu vereinigen, wobei Moskau ein militärisches Bündnis mit der Türkei schließt und die türkischen Truppen mit Munition und Kriegsmaterial im Kriegsfalle unterstützen würde. Die Sowjetregierung habe im Falle eines Angriffs auf die Türkei angeblich noch die weitestgehende militärische Unterstützung versprochen. Kemal Pascha und eine starke Gruppe von Politikern soll den Vorkonzernschiffung Moskau bekräftigen.

### Das englische Außenamt warnt Mussolini.

London, 23. April. Der Besuch des englischen Unterstaatssekretärs Sir William Tyrrel in Rom wird, wie die „Westminster Gazette“ mitteilt, außer den Verhandlungen über Abfertigung in den allgemeinen Zweck haben, auf die Erganzungspolitik Mussolinis einen mächtigen Einfluss ausüben. Er gewinnt durch den gleichzeitigen Besuch des englischen Vorkonzernschiffers in Angora eine besondere Bedeutung, zumal hierbei England der Türkei einen langfristigen Schutzvertrag angeboten habe. Des weiteren müssen die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland und die Maßnahmen in der Türkei bei der Verurteilung der Mission Tyrrel mit in Erwägung gezogen werden; gerade die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland haben in erheblichem Maße zu dem Scheitern der türkischen Regierung beigetragen. Werden diese Tatsachen werden in Verbindung mit den französischen Veröberungen vor der Konstantinopel- und Erganzungspolitik Italiens das Problem der Erganzungspolitik Mussolinis in die nächste Sitzung von Rapallo zu stellen und die überleitende vorläufige Verpflichtung teilweise rückgängig zu machen, die, wie man glaubt, Chamberlain in Rapallo eingegangen ist.

### Hoersch bei Briand.

Paris, 22. April. Der deutsche Vorkonzernschiff von Hoersch hatte heute nachmittag mit Briand erneut eine Unterredung. Von französischer Seite verlautet, daß b. Hoersch eine Reihe von Angaben über den geplanten deutsch-russischen Vertragsabschluss gemacht habe.

Nach dem „Matin“ hat der deutsche Vorkonzernschiff Briand die Grundzüge des deutsch-russischen Vertrages entwickelt, der unmittelbar vor der Unterzeichnung steht. Er habe seinerzeit erklärt, Ministerialrat Dr. Gaus, sei noch eingehender Prüfung des Vertragsabstimmes zu der Ansicht gekommen, daß der Vertrag vollkommen mit dem Abkommen von Locarno im Einklang stehe.

# Kein Volkentscheid für Aufwertungspläne.

## Ein verfassungsändernder Gesetzesentwurf der Reichsregierung. — Neuer Krisenstoff.

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volksgesetzgebung infolgedessen beschränkt, als über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Befolgungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volkentscheid veranlassen kann. Damit sind auch Gesetzesentwürfe der Reichsregierung, die dem Reichspräsidenten entgegenstehen, nicht zu beschließen, weil derartige Gesetze nicht aus dem Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Wirtschaftspläne herausgenommen werden können. Die vor und während der Geldentwertung begründeten Rechtsverhältnisse sind im Aufwertungsgebiet und im Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen im Zusammenhang geordnet. Der Gesamtkomplex dieser Gesetze bedingt maßgebend den Haushalt des Reichs, den Finanzanschluß zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wie überhaupt das gesamte öffentliche Finanzwesen. Er ist insbesondere auch die Grundlage unserer Währung. Solche Gesetze müssen, wenn nicht die ganze deutsche Wirtschaft auf das verhängnisvolle erschüttert werden soll, dem Haushaltsplan und den Abgabengesetzen gleichgeordnet werden. Bei fernergehender Auslegung des Artikels 75 Abs. 4 der Reichsverfassung müßten daher Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln, hinsichtlich der Volkswahlbarkeit den gleichen Bestimmungen unterworfen sein wie Gesetzesentwürfe, die den Haushaltsplan und die Abgabengesetze unmittelbar zum Gegenstand haben.

Zur Vermeidung von Zweifeln hat die Reichsregierung beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den klargestellt wird, daß ein Volkentscheid über Gesetzesentwürfe, die die Folgen der Geldentwertung regeln sollen, nur durch den Reichspräsidenten beantragt werden kann. Durch diese Regelung wird die Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern und damit das bereits schwebende Volksgesetzgebungsverfahren nicht berührt.

Die Entscheidung der Reichsregierung, die von verschiedenen Seiten aufstrebenden Volksgesetzen zur Erzielung einer höheren Aufwertung unmöglich zu machen, wird in parlamentarischen Kreisen sehr lebhaft erörtert. Obwohl offenbar dem Reichspräsidenten die Volkswahlbarkeit der Gesetze in Aufwertungsfragen als verfassungswidrig zu erklären, eine Verprechung mit den Führern der Regierungsparteien voranzugehen ist, besteht doch innerhalb der Regierungsparteien durchaus keine einheitliche Auffassung über die Angelegenheit. Die demokratische Presse ebenfalls wendet sich mit ähnlichen Argumenten wie die sozialdemokratische Presse gegen den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf. Die Ablehnung durch die Reichsversammlung ist nicht abzuwenden, da für die Institution des Volksgesetzgebens und Volkswahlbarkeit sehr am Herzen liegt und sie wohl auch fürchtet, daß eine Anerkennung der Gefährlichkeit des Volksgesetzgebens und Volkswahlbarkeit in gewissen Fällen sich ungünstig auf den Volkswahlbarkeit auswirken könnte, den sie gemeinsam mit den Kommunisten für die Entziehung der Fürstentümer betreibt. Sie schreibt mit allerlei Argumenten in dem Sinne, daß die Vorlegungen des

Reichskabinetts höchstens in Bezug auf die Aufwertung der Staatsanleihen zu Recht beistehen, daß aber das Gesetz, soweit es ein Volksgesetz gegen die Aufwertung der Abgaben und Befolgungsordnungen betrifft, verfassungswidrig sei.

Neu-Krisenstoff hefte sich heraus, daß das Reichskabinett selbst die Ansicht hat, der Gesetz über die Aufwertung des Artikels 75 der Reichsverfassung als verfassungswidrig anzusehen.

Es ist wohl ausgeschlossen, daß die Regierung in dieser Frage die nötige Zweidrittelmehrheit im Reichstag auf die Beine bringen wird, da sogar die Sozialdemokraten und vielleicht ein Teil der Demokraten sowie der Zentrumspartei und auch die bürgerliche Fraktion sich dem widersetzen würden. In parlamentarischen Kreisen hält man deshalb den Beschluß der Regierung für tatsächlich außerordentlich ungeschickt.

Wäre über ein Volksgesetz in Aufwertungsfragen vor, die zu der jetzigen Aktion der Reichsregierung den Anlaß gegeben haben. Der frühere deutsch-nationale und jetzige bürgerliche Abgeordnete Dr. W. W. will in einem Gesetz die Aufhebung der öffentlichen Anleihen fordern und zwar auf 20 Prozent des Nennwertes, falls sie vor dem 1. Juni 1920 und auf 50 Prozent des Nennwertes, falls sie nach diesem Zeitpunkt erworben sind. Ein zweites Gesetz soll beabsichtigt die Aufwertung der Hypotheken auf 50 Prozent und steht für besondere Fälle eine Aufwertung noch darüber hinaus vor. Ein drittes Gesetz wird von der Arbeitergemeinschaft für Aufwertungs-gläubiger gefordert, die nicht nur eine

allgemeine Aufwertung auf 100 Prozent beantragt, sondern auch noch alle ehemaligen Reichsanleihen in den Kreis der aufzuwertenden Dinge einbeziehen will. Endlich besteht noch vom kommunistischen Seite ein Antrag auf Aufwertungsplan, der von dem Univeritätsprofessor und Reichstagsabgeordneten Korfch ausgearbeitet ist und den der Abgeordnete Höllein propagiert, obwohl Korfch gerade in diesen Tagen von seiner Partei vergeblich aufgefordert werden ist, sein Mandat niederzulegen.

Da mit Ausnahme des hier an zweiter Stelle genannten Planes alle Entwürfe auf die Aufwertung der öffentlichen Anleihen betreffen, hätte die Reichsregierung unter Bezug auf den Artikel 75 der Reichsverfassung zweifellos die Möglichkeit gehabt, Volksgesetze über diese Entwürfe ohne das neue Interpretationsgesetz zu verhandeln, da dieser Artikel bestimmt, daß nur der Reichspräsident ein Volkswahlrecht über den Haushalt und über Einzelneinrichtungen ausüben kann. Es hätte dann nur der Reichspräsident über die Hypothekenaufwertung übrig geblieben, der allein nach überwiegender parlamentarischer Auffassung deshalb keinen Erfolg beim Volkswahlrecht haben kann, weil die große Masse der Wähler an einer Hypothekenaufwertung gar nicht interessiert sind und in ihr wahrscheinlich eine einseitige Bevorzugung einer bestimmten Gruppe Inflationsgeschädigter sehen würden. Durch den Weg, den die Regierung in Wertung dieser Entwürfe beschritten hat, hat sie sich neue Schwierigkeiten entgegenzusetzen, die umso schwerer wiegen, als gleichzeitig ihre Stellung von der Entwicklung der gesetzlichen Regelung in der Fürstentümerfrage ernstlich bedroht ist.

## Die Beratung mit den Offizieren.

Wien, 23. April. Gestern wurden Kreisverteiler Mitteilung über den Inhalt der beendigten Konferenz der leitenden Offiziere mit den Offizieren gemacht. Auch stand vor allem das Vorkommen der Sowjetunion zur Beratung, das außer einem Schiedsvertrag auch noch eine Realitätsaufklärung vorliefe. Die Beratung sollte einvernehmlich mit den Offizieren der Gesamtgruppe der drei baltischen Staaten (Lithauen und Estland), ebenso aber auch mit Finnland abgeschlossen werden.

## Aus Stadt und Umgebung Erste Schulzeit.

Händchen hatte sich schon hochlang auf die Schule gefreut. Keiner hätte ihm das nicht er immer den älteren Geschwister nachgesehen, die jeden Morgen ein bides Frühstücksbrot von Mama, dem Mädchen des Hauses, brachten und dann sagend und schweigend mit ihren Kameraden in die Schule zogen. Da wäre er immer gerne mitgegangen, aber er war ja noch zu jung und hatte sich immer begnügen müssen, diese eigenartigen Wägen anzusehen, wo solche schwarzen Ringe drinstanden, die wie kleine Zentel auslosten.

Sein größter Wunsch aber war es gewesen, wenn er mit seinem Bruder Werner, dem buntenhüftigen Gnommischen, über die Straße gehen durfte. Das lag aber noch so weit für ihn. Na, er wollte schon richtig lernen, denn Mutter hatte ihm das immer als erste Bedingung hingestellt. Der arme Trost, er ahnte noch nichts ...

Nun ist es endlich so weit, seit acht Tagen darf auch er zur Schule gehen. Am ersten Tage war es ganz nett gewesen, der Lehrer so freundlich und hatte allen eine Zuckertüte geschenkt. Das konnte so weiter gehen. Doch ein Gefühl dem kleinen Mann nicht: Wo hatte der Lehrer die Zütle her? Er hatte doch in Mutter's Zimmer bei einer Entdeckungsfahrt eine gleiche Zütle gesehen. Sollte der Herr Lehrer etwa ...? Nein, das konnte nicht sein. Das mußte anders zusammenhängen, wenn Händchen nur wollte was?

In den nächsten Tagen hatte die Begreifung schon nachgelassen. Warum mußte denn, wenn  $1 \times 1 = 1$  war, ausgerechnet  $2 \times 2 = 4$  sein? Das war noch zu viel für Händchen. Schöner war es schon, ein i zu malen, da mochte man einen Strich raus, raus und ein fünfziges drauf. So, das ging leicht, aber ...

Nun hat heute wieder so schönes Wetter. Mühen denn da auch gerade früh und früh neben seinem Hause Bürgen bauen? Die mühen erst nächsten Jahr zur Schule. Da winkten sie ihn auch schon herbei. Sollte er ...? Ein schwerer Kampf in Händchen's Seele, es ist der erste. Da ruft schon Mama zum Essen, ein letzter Blick auf die Weiden, die ja für ihn überhaupt zu klein sind und noch nicht einmal zur Schule gehen, und ein kleiner Held geht zu Haus. Das i hat den Spielplatz festgemacht. Der Kampf des Lebens ist an Händchen herangetreten. Gr.

## Eine neue Veränderung im Provinziallandtag

Der Provinzialpräsident legt sein Mandat nieder.

Unser Provinzial-Landtag, der nach den letzten Neuwahlen am 12. Juni noch wenige ersapene Parlamentarier zählte, hat durch die Wahlen zum Provinzial-Ausschuß noch weitere Eingänge erlitten. Am 12. Juni Doppelmehrzahl wurde, aber die Provinz führt nicht dazu, daß die umfangreiche Ausschuß-Tätigkeit diejenige im Landtag ausfüllt. So hat bekanntlich schon vor einiger Zeit der demokratische Abgeordnete Dr. von Krause-Lieritz sein Mandat im Provinzial-Landtag niederzulegen, um im Provinzial-Ausschuß mitzuwirken. Ein gleiches tut jetzt der Abgeordnete Dr. Behle von der Deutschen Volkspartei. Auch er war in den Provinzial-Ausschuß gewählt und sieht sich nun genötigt, da er die Doppelbelastung nicht durchzuführen vermag, sein Mandat niederzulegen. Mit Dr. Behle verläßt der Landtag einen seiner besten Köpfe und zugleich seinen fleißigsten und treuesten Präsidenten. Dr. Behle hat mehrere Jahre das Vice-Präsidentenamt innegehabt mit Erfolg verfahren es sei, alle Schritte in den Verhandlungen zu unterstützen; erst bei der letzten Tagung in unserm Ständehaus konnte er wiederholt sein Geschick. An die Stelle von Dr. Behle wird Dr.-Ing. Lehmann-Neuberg treten.

## Ein schwerer Unglücksfall

erschreckte sich gestern nachmittags kurz vor 4 Uhr an der Werrabahn bei dem Bahnhöfe. Bei dem Ausflugszug aus GutsMuths hatten einige Arbeiter mit den sich lösenden Steinen von der Mauer ab. Durch die auf ihn fallenden Steinmassen trug er schwere Verletzungen an Kopf, Rücken, Armen und Händen davon. Von seinen Arbeitskollegen wurde der Verwundene aus seiner gefährlichen Lage befreit und zunächst in einer der Bahnhöfen an den Domänen weitergeleitet. Nützliche Hilfe wurde sofort zur Stelle und nach Anlegung von Wundverbänden wurde der Schwerverletzte, der u. a. drei Rippen gebrochen hat, mit einem hiesigen Privatauto einer GutsMuths Klinik zugeführt.

Wie wir erfahren, ist der Verletzte ein verheirateter Mann und in Galle wohnhaft; er arbeitet hier für die Baufirma Holzmann-Halle.

Bei Bekanntwerden des Unglücksfalles und bei der Werrabahn der verunglückten Arbeiter sammelte sich eine größere Menschenmenge an. Die Schulpflicht hatte große Nähe, die Werrabahn zurückzuführen. Dabei ist es leider zu unglücklichen Ereignissen gekommen, bei denen der Arbeiter H. von hier (Krause) zu Grunde werden mußte. Es hätte sich noch schlimmer ereignen können, da er bereits in der Gegend lag; er wurde daher wieder auf freien Fuß gelassen. Der Verfall zeigt wieder deutlich, daß es anlässlich solcher Ereignisse beim Publikum an der nötigen Disziplin fehlt.

## Die Sonntagsjahrkarten gelten auch Montags

Mit sofortiger Wirkung. Wie wir auf Anfrage bei der hiesigen Reichsbahnzentrale erfahren, gelten die Sonntagsfahrkarten, die bisher nur an den Sonntagen und Festtagen zur Rückfahrt benutzt werden durften, jetzt im Reichsbahnverkehrsgebiet Halle von Sonntag ab auch Montags und am Tage nach dem Bekanntgeben der Fahrpläne zur Rückfahrt; die Rückfahrt muß in diesen an diesen Tagen von der Station oder einer Unterstation spätestens um 9 Uhr vormittags angetreten werden und darf an diesem Tage nicht mehr unterbrochen werden.

## Beratung über die Erwerbslosenfürsorge.

Sachgemäß wird mitgeteilt: Am 19. und 20. d. M. hat in Frankfurt a. M. eine Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Sozialministern der Länder über die schwebenden Fragen der Erwerbslosenfürsorge stattgefunden. Aus dem Ergebnis dieser Besprechungen ist hervorgegangen, daß nach der übereinstimmenden Auffassung aller Länder die gegenwärtige Regelung der Erwerbslosenunterstützung die die Erwerbslosen am besten zu befriedigen vermag, nur noch kurze Zeit aufrecht erhalten werden kann. Nach der Auffassung der Länder muß so bald wie möglich ein Unterhaltungsbeitrag nach Gehalt eingeführt werden, wie es auch im Entwurf der Arbeitslosenversicherung vorgesehen ist. Die Länder nahmen damit also den gleichen Standpunkt ein, wie hinsichtlich der Arbeitslosenausgaben des Reichsarbeitsministeriums. Die Frage wird nunmehr unverzüglich dem Reichskabinett beschickt.

## Kommunistische Redaender im Landtag.

Wie gewöhnlich brachten die Kommunisten gestern im Landtag einen Antrag ein, dessen sofortige Beratung sie verlangten. Diesmal handelte es sich um den durch ein beschließendes und in der französischen Delegation ausgesprochenen und von drei Sozialdemokraten, zwei jugendlichen Deutschen Heinrich Scherer. Dieser leit am Montag dieser Woche infolge der Behandlung im Gefängnis gefangen. Die Kommunisten verlangten daraufhin die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Der sofortigen Beratung wurde von einem Mitglied des Zentrumspartei, langanhaltender Lärm ein;

## „Nur, wie „Hoffengetüdel“, „schöne Arbeit“, „Entscheidungspunkt“ und „Separation“ erschollen.

Dem betreffenden Zentrumsparteiangehörigen rief man zu: „Lump, ich er dich raus“, bis er schließlich den Saal verließ. Erst nach langer Zeit vermochte der Präsident die Ruhe wieder herzustellen.

In der sachlichen Beratung setzte man zunächst die Einzelberatung über den Woffahrtsetat fort. Die Abstimmung über angelegene Titel soll erst am kommenden Dienstag stattfinden.

## Erneute Rückfrage bei Abd el Kerim.

Paris, 23. April. Wie aus Duda gemeldet wird, erwartet die französische Delegation, daß am Freitag nachmittags eine dritte vorläufige Besprechung stattfinden kann. Die Staatschads und Ceddi haben sich erneut mit dem Zugangs ins Mittelgebirge, um sich mit Abd el Kerim zu besprechen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Mißtrauen der Befehlshaber gegenüber der französischen und spanischen Delegation zu schwinden beginne. Der Generalgouverneur von Marokko, Leger, wird sich am Sonnabend über Spanien nach Marokko begeben.

## Neue Kräfte in Kalutta.

London, 23. April. Wie aus Kalutta gemeldet wird, ist es dort zu einem neuen Konflikt zwischen Politikern und Mohammedanern gekommen, wobei mehrere Mohammedaner getötet und 13 verletzt wurden.

## Wichtige Kolonialabenteuer Italiens.

London, 23. April. Die „Daily News“ melden aus Nairobi, daß die Italiener, die kürzlich große Abteilungen von Kontingenten nach Ostafrika geschickt hatten, in heftige Kämpfe mit den Somalis verwickelt wurden. Die Italiener haben schwere Verluste erlitten. Der italienische Generalkonsul in Nairobi hat die Zeitungen mit der Bitte um Unterstützung für die jetzt noch keine anderen Einzelheiten erhalten habe. Ursache der Kämpfe sei die Weigerung der Somalis, sich der italienischen Herrschaft zu unterwerfen.

## Vor einem Riesenstreik in England.

Letzte Vermittlungsberichte Baldwin.

London, 23. April. Nach dem völligen Scheitern der gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Bergbau wird Baldwin heute noch einmal mit beiden Parteien verhandeln.

Die Morgenblätter weisen ausführlich auf die verheerenden Folgen eines Bergarbeiterstreiks hin. „Daily Telegraph“ glaubt, daß, wenn die Streik nicht durch den nächsten Tag eintreten würden, in einer Woche mit der Stilllegung der Kohlenbergwerke gerechnet werden müßte. Verheerende Wälder haben trotz der pessimistischen Beurteilung der Lage, trotzdem die Hoffnung auf eine Entlung nicht aufgegeben, da aus verschiedenen Kohlenrevieren gemeldet worden ist, daß man in Bergarbeiterstreik zu einer Verlängerung der Arbeitszeit geneigt sei, wenn die Löhne nicht herabgesetzt würden.

## Italienisch-französischer Handelskrieg.

Wien, 23. April. Zwischen den Österreichern und den Franzosen besteht heute in jeder Zeit in der Auslegung des österreichisch-französischen Handelsvertrages Gegenstände, die bereits zu empfindlichen Rückwirkungen geführt haben. Österreich hat vorläufig die Einfuhr von französischen Automobilen verboten, was die französische Regierung beantwortet, als Gegenmaßnahme die Sperrung der Einfuhr österreichischen Holzes nach Frankreich zu verfügen. Mit Rücksicht darauf, daß der Wert des nach Frankreich ausgeführten österreichischen Holzes die nach Österreich eingeführten französischen noch übersteigt, macht sich in österreichischen Holzvertriebskreisen eine gewisse Aufregung bemerkbar.

## Austritt des litauischen Außenministers.

Wien, 23. April. Der Litauische Außenminister Prof. Reins ist am Donnerstag von seinem Amt zurückgetreten. Ihm stellvertretenden Außenminister ist der Ministerpräsident a. D. Vitras ernannt worden.

Prof. Reins bezieht die Meldung über litauisch-russische Separatverhandlungen. Es handelt sich aber jedoch nur um einen Neutralitätsvertrag nach Art des russisch-französischen Vertrages. Von einer Garantie des Willens- und Nenngebietes sowie von einer Wahrung Litauens an den baltischen Staatenband sei nicht die Rede. Sollte es zu einer Entlung kommen, so werde der Vertrag in Moskau unterzeichnet werden.





# Beilage zu Nr. 94 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 23. April 1926

## Amerikanische Wirtschaftszahlen.

Von Dr. Oscar Voets-Berlin.

Die Zahl der Deutschen und übrigen europäischen Amerikaner hat während der letzten Jahre fortlaufend zugenommen. Für denjenigen Beobachter, dessen Ziel es nicht ist, das Amerikaproblem eingehend zu studieren, soll nachstehend an Hand von Zahlen die Möglichkeit gegeben werden, sich einen Begriff davon zu machen, wie sich das wirtschaftliche Leben Europas von dem Wirtschaftlichen Amerikas unterscheidet.

Von grundlegender Bedeutung ist vor allem die völlige Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Struktur Amerikas und Europas. Während Amerika sich einseitig organisiert und ein für europäische Verhältnisse große nach garnicht denkbares einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, hat das an und für sich schon national zerstückelte Europa sich weiterhin balkanisieren. Nach Kriegsende sah man in Europa nicht weniger als 17 neue Staaten, demnach 17 neue Währungen und 17 neue Rechtsstellungen. Die 17 neuen Staaten sind naturgemäß Territorien mit neuen Grenzen, die an allen Ecken und Enden der gesamten Wirtschaft des Kontinents neue Hemmnisse bereiten.

Die 17 neuen Staaten haben 7000 Kilometer neue Grenzen, die, wie es üblich und selbstverständlich ist, genauestens beachtet werden. Wieviel Menschen zu dieser unproduktiven Wächterschaft in Europa notwendig sind, kann man am besten daraus erkennen, daß die neuen deutschen Grenzen während des Krieges kaum 3500 Kilometer Länge gehabt haben. Diese Balkanisierung Europas hat es fraglos in erster Linie verursacht, daß Amerika mit seinen noch nicht 115 Millionen Einwohnern heute praktisch Schicksalsträger und Ordner Europas geworden ist, das selbst nicht weniger als 480 Millionen Einwohner beherbergt. Amerika schiedete im Jahre 1914 an Europa nicht weniger als 4 Milliarden Dollar, Mitte 1925 war Amerika Gläubiger mit ungefähr 5 Milliarden Dollar, von denen allein 4 Milliarden von Europa gebühret wurden. Die Einwohnerzahl Amerikas stellt den fünfzehnten Teil der Bevölkerung der Erde dar.

Dieses Fünftel der Menschheit besitzt dreimal so viel Automobile und viermal so viele Fernsprecher wie die ganze übrige Welt.

Von allen Eisenbahnsystemen des Erdballs liegt über ein Drittel in den Vereinigten Staaten. Von allem Goldvorrat der Erde besitzen die Vereinigten Staaten schon heute mehr als die Hälfte.

Von der gesamten Weltproduktion an Gold gewinnen die Vereinigten Staaten in eigenem Lande ungefähr ein Drittel, die anderen verbleibenden Fünftel der Menschheit müssen von dem kostbaren Metall wachsende Mengen herüberfordern. Von den wichtigsten Rohstoffen produziert Amerika an Baumwolle drei Fünftel der Weltproduktion, an Stahleisen zwei Fünftel, an Erdöl drei Viertel, an Kupfer die Hälfte, an Getreide ein Viertel, an Mais drei Viertel dessen, was auf der ganzen Erde produziert wird.

Das amerikanische Volkseinkommen kann auf Grund dieses natürlichen Reichtums auf jährlich 50 Milliarden Dollar geschätzt werden, d. h. für jeden Einwohner jährlich fast 2400 Mark, während das durchschnittliche deutsche Volkseinkommen von dem Dames-Komitee, sicherlich nicht oberschätzend, auf 400 Mark pro Kopf und Jahr geschätzt wurde. Vor dem Kriege betrug das durchschnittliche deutsche Volkseinkommen höchstens 700 Mark pro Jahr und Kopf.

Welchen Luxus sich für deutsche Verhältnisse der Amerikaner leisten kann, geht am besten daraus hervor, daß in Amerika jährlich so viel Schuhe verbraucht werden, daß auf jeden Einwohner, auf den Säugling, durchschnittlich jährlich 5 Paar Schuhe kommen. 30 Millionen Familien haben dort sogar ein bis zu 16 Mill. o. r. Automobile zur Verfügung. Inzwischen sind drei Millionen Autos werden jährlich produziert und innerhalb des Landes selbst abgesetzt.

Die Zeit, in der jede amerikanische Familie ihr eigenes Auto hat, kann nicht mehr fern sein. Wobei Einwohnern noch Geburtenüberschüsse können die Bevölkerungsziffer so haben, daß über kurz oder lang in jeder Hinsicht eine Veränderung zu erwarten ist. Geradezu unglücklich ist das ungeheure Anwachsen von Volk und Volksreichtum. Im Jahre 1850 betrug die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ungefähr 23,2 Millionen. Bis 1880 stieg sich die Zahl auf über 50 Millionen mehr als verdoppelt. Im Jahre 1915 war bereits eine neue Verdoppelung auf über 100 Millionen festzustellen. Gegenwärtig beträgt die Bevölkerungsziffer 115 Millionen Menschen. Das amerikanische Volkseinkommen ist während des gleichen Zeitraumes von 7 Milliarden auf 320 Milliarden gestiegen. Während sich die Bevölkerung kaum verdoppelt hat, hat sich das Volkseinkommen um das 45 fache gesteigert. Noch im Jahre 1850 betrug das Durchschnittseinkommen der einzelnen Amerikaner kaum mehr als 300 Dollars, gegenwärtig besitzt der einzelne Amerikaner im Durchschnitt 3000 Dollar, d. h. 12 600 Goldmark.

Den großen Einfluß des Automobils auf die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas zeigen die fast unerschöpflichen jährlichen Anwendungen für den Ausbau und die Unterhaltung von Straßen. Während noch Anfang dieses Jahrhunderts kaum mehr als 50 Millionen Dollar jährlich für diesen Zweck aufgewandt wurden, betrug der Aufwand während der Kriegsjahre für den gleichen Zweck jährlich bereits mehr als eine Viertel-Milliarde. In den Jahren nach dem Kriege wurden hierfür jährlich um 1 Milliarde aufgewandt. Allerdings ist auch die Zahl der in Betrieb befindlichen Autos rasch zugenommen. 1900 gab es erst 13 800 Autos in den Vereinigten Staaten, 1915 bereits 15 Millionen. 1923 war bereits die 15. Million überschritten. Demzufolge hat naturgemäß auch die jährliche Autoproduktion bedeutend zugenommen, 1900 fertigten amerikanische Fabriken jährlich insgesamt erst 5000 Automobile, im Jahre 1925 aber mehr als 5 Millionen, ohne etwa den stets steigenden Bedarf voll zu decken.

Der Wohlstand Amerikas, auf dem seine Weltstellung beruht, hat infolgedessen auch eine Reflexion. Die Klagen über das monopollastige Ausland, die in Amerika immer lauter werden, zeigen, daß der mit dem Reichtum wachsende Konsum auch Abhängigkeiten in sich schließt, die tendenziell zu Angelegenheiten, wie bei den hohen Preisen für englischen Gummi, auf den das automobillustre Amerika nicht verzichten kann. Auch jenseits des Ozeans ist dafür gerufen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

## Produktionsüberschüsse und Kapitalbildung.

Von Richard Diezle.

Ueber die Notwendigkeit, Produktionsüberschüsse zu erzielen, sind sich alle Parteien einig; kritisch ist nur die Frage, wo und in welcher Art Ueberflüsse erzielt werden sollen, ob in Form von industriellen Fertigprodukten oder von Rohstoffen und Lebensmitteln, und ferner, welcher Wertanteil dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer zufallen soll.

Ueber die Notwendigkeit einer Ueberfluswirtschaft als Ursache des Reichtums schreibt schon Friedrich List:

„Die Ursachen des Reichtums sind etwas ganz anderes als der Reichtum selbst. Ein Individuum kann Reichtum besitzen, wenn es aber nicht die Kraft besitzt, eine größere Summe von wertvollen Gegenständen zu schaffen als es verbraucht, so verarmt es. Ein Individuum kann arm sein, wenn es aber die Kraft besitzt, eine größere Summe von wertvollen Gegenständen zu schaffen, als es verbraucht, so wird es reich.“

Vor dem Kriege wurde der industriellen Fortschritt hauptsächlich in dem Uebergang von der Rohstoffindustrie zur fertigen Industrie gesucht. Die allgemeine Lösung war: Rohstoffe einzuführen und Fertigerwaren auszuführen. Man

nannte dies Veredelungssystem. Dieses System setzte voraus, daß andere Länder uns die Rohstoffe liefern und dafür Fertigerwaren von uns bezogen. Während des Krieges und nachher sind jedoch viele Rohstoffe durch Übergang, eigene Rohstoffe in eigenen Fabriken zu bearbeiten und sich so von den großen Industrieaufschwüngen unabhängig zu machen. Das hat zur notwendigen Folge, daß letztere, so auch Deutschland, gezwungen sind, Produktionsmittel und Arbeitskräfte wieder in größerem Umfang auf die Gewinnung von Rohstoffen und Rohstoffen zu verwenden.

Jede Umstellung und Produktionssteigerung erfordert neues Kapital, und dieses kann nur durch Produktionsüberschüsse gewonnen werden. Hier besteht der Streit um den Gewinnanteil. Die Unternehmer betrachten als das wichtigste Ergebnis der Bildung neuen Kapitals die Einschränkung der Ausgaben. Eine Vergrößerung des Einkommens mit dem Mittel der Schöpfung unfundierter Kaufkraft durch Lohnherabsetzungen ist nach ihrer Ansicht nicht möglich. Die Gewerkschaften dagegen gehen von der Annahme aus, daß der Ausgangspunkt der Krise die Bildung der Zirkulation sei, die hervorgerufen wurde durch den Mangel an Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung. Deshalb wollen sie von einem Abbau der Löhne und der sozialen Abgaben nichts wissen, vielmehr fordern sie einen Abbau der Preise.

Der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der hier in Erscheinung tritt, bezieht sich in der Hauptsache nicht auf die Produktivität sondern auf die Rentabilität, d. h. auf den Anteil am Gewinn und am Verdienst. Für die Kapitalbildung ist es nämlich ganz gleich, ob das Kapital vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer geliefert wird, die Hauptsache ist, daß überhaupt Kapital angelegt wird. Der Arbeitgeber kann es zur Erweiterung seines Betriebes verwenden, der Arbeitnehmer kann es auf die Sparkasse tragen und durch dies dem Unternehmer wieder zur Verfügung stellen.

Uebrigens kann ein höherer Geschäftsgewinn ebenso unproduktiv vom Arbeitgeber vergeudet werden wie ein höherer Lohn vom Arbeiter.

Wie die erwarteten Kapitalien angelegt oder vermehrt werden, ist die zweite wichtige Frage. Eine Verwertung zu produktiven Zwecken liegt besonders dann vor, wenn die neuen Kapitalien dahin fließen, Nahrung, Kleidung, Wohnung und ähnliche wirtschaftliche Lebensbedingungen zu schaffen. Was und Art der Produktivität beurteilt sich nach Maß und Art der menschlichen Existenz. In diesem Sinne ist die Herstellung von Luxusartikeln für bestimmte Gesellschaftsklassen viel weniger produktiv als eine Produktion, die den Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz und dem allgemeinen Wohlstand dient. Da nun die Richtung der Produktion durch das Bedürfnis und die tarifrechtliche Nachfrage bestimmt wird, ist die Lösung der Kaufkraft der großen Masse das Mittel, die Produktion in eine Richtung zu lenken, die den allgemeinen Wohlstand fördert.

Durch Lohnherabsetzungen allein läßt sich jedoch der Wohlstand nicht fördern, wenn nicht die allgemeine Kaufkraft mit den Lohnherabsetzungen gleichen Schritt hält. Neben infolge der hohen Löhne auch die Preise derart in die Höhe, daß der Absatz sinkt, dann kommt der Betrieb zum Stillstand, und die Folge ist Arbeitslosigkeit. Eine regelmäßige Warenzirkulation ist immer nur möglich, wenn alle Stände und Berufe in gleicher Weise ihr Auskommen haben und ihre notwendigen Einkünfte machen können. Der Wohlstand des einen bedingt den Wohlstand des anderen. Käuft A. B. die Kaufkraft auf dem Lande nach, dann muß auch für die Industrie eine Absatzfindung eintreten.

Ein sorgfältiges Studium der Gesetze der Volkswirtschaft wird immer wieder zu der Erkenntnis führen, daß die Grundlage der Sozialwissenschaft dieselbe ist, wie diejenige des Christentums und in dem großen Gebot liegt:

„Alles, was Du willst, das andre Dir zu tun sollen, das tue selbst auch ihnen.“

## Der indische Götze.

Roman von Hans v. Panhuys.

Amerikanisches Copyright 1918, by Carl Dunder, Berlin.

(Aberd. 1925)

Frau Bernande reichte ihm mit zitternder Hand das Armband zurück. „Bereiten Sie, Herr Direktor, die Umkleidekabine, die ich Ihnen machen mußte, aber die wirklich merkwürdigen Zufälle dürften meine Entschuldigung hoffentlich genügend unterstützen.“

Walter Felden trat die elegante, verärgerte Frau leid. Während er das Armband wieder entgegennahm, küßte er ihr die Hand.

„Ich habe nichts zu verzeihen, gnädige Frau, ich bedaure nur lebhaft, daß ich Ihnen nicht dienlich sein kann bei der Suche nach Ihrem gestohlenen Kleinod.“

Galante Redensarten übten stets eine erfrischende Wirkung auf Bernande Komstedts aus. Der Verleger schwand von ihrem Gesicht, sie brachte es sogar fertig, ein Lächeln um ihren Mund zu hängen.

„Ich will die Hoffnung, mein Eigentum wieder zu erlangen, noch nicht aufgeben“, sagte sie, „und zugleich ernstliche Schritte dazu tun, so lange ich von mir nachlässig.“

Der Direktor sagte freundlich:

„Wollen Sie es nicht mit einem Privatdetektiv versuchen, gnädige Frau, ich könnte Ihnen sogar einen Herrn empfehlen, der einem Freunde von mir einen hervorragenden Dienst geleistet hat. Mein Freund behauptet, der Detektiv hätte ganz außerordentliche kriminalistische Fähigkeiten.“

Frau Bernande wechselte einen raschen Blick mit ihrem Mann; dann erwiderte sie, das Hochwürdigste Ansehen fähig zu sein, daß er sehr dankbar zu tun wäre, die Sache ruhig, gleichsam unter der Oberfläche der Dezentralität abzutun.

Walter Felden zog eine Zigarette hervor und schrieb

die Adresse des von ihm so warm empfohlenen Privatdetektivs darauf.

Mit sehr kühlem Grusse gegen den Zufelder verließ er dann in Begleitung des gar nicht grüßenden Bediensteten den Laden der Tauengienstraße.

Mit gemischten Gefühlen blieb Franz Benemann zurück.

Er hatte zwei sehr gute Kunden verloren, die Gewissheit schmerzte, aber er war durch einen wertvollen Zufall in den Besitztum des Diebstahls gekommen, der Verdacht war hinlänglich geworden, er wollte sich darüber freuen, und das andere hinnehmen wie einen widrigen und auch — verdienten Schicksalsfall.

Die Bekannten Frau Komstedts hatten ein neues Gesprächsthema, denn sie fanden es alle überflüssig, daß sich Bernande Komstedt plötzlich einen Diener angeschafft hatte. Nicht dazu einen dummen, hilflosen Menschen, der eine komisch aufreizende Art hatte, Welcher zu empfangen und zu melden.

Frau Bernande war dieser neue Wohnungsgehilfe alles etwas unangenehm, aber der Privatdetektiv Karl Klein wünschte eine Dienerschaft bei ihr, und so fügte sie sich denn.

Er sagte vor seinem Eintritt in ihr Haus zu Frau Komstedt:

„Sobald ich herausgebracht habe, wofin die Spur des Ihnen gestohlenen indischen Götzen weist, dürfen Sie mich sofort ohne Kündigung hinauswerfen, gnädige Frau. Sie können verhoffen sein, dies Vorgehen wird jedermann nur gerechtfertigt finden, ich lorge dafür.“

Wirklich, er sorgte in reichem Maße dafür. Die Mädchen in der Küche hatten den ganzen Tag Grund über Karl Klein zu lächeln, so komisch war er, und Fragen stellte er zuweilen, daß man sich vor Vergnügen bog.

Ein mittelgroßer, schlanker Mann war er, nicht häßlich, vielmehr bräunlich, aber die Augen und der Gesichtsausdruck waren ein Gemisch von Stumpfsinn und Schlaubei.

„Schade, daß der hübsche Mensch so dumm ist“, meinte die

Neugierde gelist ihr ausnehmend.

Friedrich Komstedt hatte Viane geliebt, er müßte sie möglichst bald sprechen, und er hatte sich daraufhin wieder mit ihm in der kleinen Konditorei der Bülowstraße getroffen. Er teilte ihr alles auf den Gößen beglückte mit, und auch, daß der Direktor gewinnlich, sie möge ihre Hofstellung bei seiner Braut aufgeben. Das war viel Neues für das junge Mädchen.

Viane hörte faunend von der Kopie des Gößen, und daß nun ein Defektiv beauftragt sei, das rätselhafte Verschwinden des indischen Götzens zu untersuchen.

Sie übertrug dem Vater mehrmals mit Verwunderungen. Endlich meinte sie ganz kleinlaut:

„Wie schade ist es für mich, nicht wenigstens vorläufig bei Gäulein Steinmobilen bleiben zu dürfen, ich fühle mich so wohl bei ihr wie in einem Nischen.“

Sie seufzte. „Aber, ich sehe ein, ich darf nicht bleiben, Direktor Felden hat mit seinem Verlangen durchaus recht. Ich will deshalb die Stellung kündigen und jagen, meine Verwandten wünschen, ich solle in ihr Haus zurückkehren. Ich halte natürlich irgendwelchen Umkleidekabine einem Gesellschaftersinopfen. Auch zu Kindern könnte ich gehen“, setzte sie hinzu.

Friedrich Komstedt legte seine Hand wie beglückend auf die schlane Rechte Vianes.

„Hör, Kind, Deine Verwandten wünschen im Ernst, Du mögest in ihr Haus zurückkehren, vor allem Dein Onkel und dann auch Deine Tante, ja, auch sie.“

Viane wollte ihre Hand fortziehen, doch Friedrich Komstedt hielt sie fest mit seinen Fingern.

„Daß mich ausreden, kleine blonde Viane. Du weißt doch, ich meine es gut, aufrichtig gut mit Dir. Sieh, meine Frau bereut ihr Benehmen gegen Dich ehrlich, sie spricht jetzt immer von Dir in freundlichen und anerkennenden Worten und meint, siehst du, sie bereut jetzt nicht mehr, daß sie sich durch den Verlust des indischen Gößen im ersten Augenblick zu der Torheit hinreißen lassen konnte, in Dein Zimmer einzudringen. Sie müße von Sinnen gewesen sein.“

(Fortsetzung folgt.)





Deutscher Markt vom 22. April.

Die Börse war durchweg bestigt, trotzdem sie eine gewisse Unlebensfähigkeit nicht zu überwinden vermochte.

Leipziger Börse vom 22. April.

Die Unmühsamkeit an der Börse war wieder äußerst geringfügig, da es an Anlegungen fehlte und das Publikum dem Markte wieder fernbleibt.

Die amtlichen Notizen.

- London (1 Pfund Sterling) 100,00-20,45; New York (1 Dollar) 4,195-4,205; Amsterdam (100 Gulden) 168,38-168,80; Brüssel (100 Franken) 15,06-15,10; etc.

Berliner Getreidemarkt.

Berlin, 22. April. Weizen war etwas schwächer vom Markt entfernt, die Weizenböden waren im Durchschnitt ein wenig höher geblieben.

Amstliche Produktpreise.

Berlin, 22. April. Getreide und Mehlwaren per 1000 kg. Weizen m. r. 297-300; Roggen m. r. 270-275; Gerste m. r. 240-245; etc.

Berliner Metallpreise.

Kupfer, Elektrolyt 132,00; Zinn 64,50-65,50; Aluminium 235-240; etc.

Das Schwimmen als Leibesübung.

Der gesundheitliche Einfluß des Schwimmens.

Die gesundheitliche Wirkung des Schwimmens und Badens beruht vor allem auf dem Einfluß, den das Wasser und die Schwimmbewegungen auf unsere Körper ausüben.

Ist im Wasser nicht sofort, sondern erst allmählich ausgeglichen wird, so daß für den Augenblick der Stoffwechsel nicht zu sehr belastet ist.

Da nun die verschiedenen Schwimmanlagen in Lage und Ausdehnung von einander abweichen, ist auch ihre gesundheitliche Wirkung nicht in allen Einzelheiten übereinstimmend.

Die Schwimmbewegung auf engere Verbundenheit ist die Atmung. Die eine ist von der anderen abhängig und nur durch die natürliche Verbindung beider wird ein ruhiges, sicheres Schwimmen möglich.

Handball.

Handballgesellschaftsspiel.

Sportverein 21 Leipzig (Vereinspolizei) Meißner von Nordwestfalen gegen P.S. Werburg I.

Am kommenden Sonntag weilt der Nordwestfälische Meißner in Werburg's Mauern, um gegen die erste Mannschaft unseres P.S. das fällige Gesellschaftsspiel auszutragen.

Unterstützt werden die Leipziger, welche mit starker Mannschaft kommen, alles daransetzen, um zu beweisen, daß die Idee, über unseren P.S. ein Fußball zu verbinden, sich denken können, daß unsere Werburger Polisten darauf brennen, sich für die ihnen zugebilligte Niederlage zu revanchieren.

das Spiel ein Erfolg sein; so wird der P.S. auch fernerhin seine Mittel und Wege suchen, des öfteren Mannschaften von uns nach Werburg zu bringen.

Das Spiel findet 2 Uhr nachm. am Spie der Polizeiunterkunft statt.

Bademacher-Frühling!

Die Erfolge Bademachers haben uns wiederum in Atem gehalten und begeistert wurden die Tage, ein Bild deutscher Kraft, über die Grenzen unseres Vaterlandes hinausgetragen.

Da der Bademacher-Frühling für die Schwimmwache geworden hat? (Nebenbei bemerkt verstanden wir die Aufzählung der Merseburger Schwimmerschaft.)

Handlung Leipzig-Deutscher. Emma Welle 452, - Chemnitz Welle 454, - Meimar Welle 454, - Bodelnagel: 10; etc.

Montag, 28. April, 4 u. 5: Dresden, Handballspiele. Montag, 28. April, 4 u. 5: Radonitzkonzert aus Dresden.

Donnerstag, 29. April, 4 u. 5: Konzert aus Dresden. Freitag, 30. April, 4 u. 5: Konzert aus Dresden.

Sonntag, 1. Mai, (Geleit). Freitag in Sachsen, 0 12: Leipzig, Musikalische Stunde. Die Leipziger Chöre, 0 12: Fröhliche Musik. Leipzig, Handballspiel.

Sonntag, 2. Mai, 8.30: Orgelkonzert. 0 9. Morgenfeier. 0 11: Ueber Charakteristik aller Zeiten. Musikalische Stunde.

Handballspiele am Sonntag, 2. Mai, 8.30: Orgelkonzert. 0 9. Morgenfeier. 0 11: Ueber Charakteristik aller Zeiten. Musikalische Stunde.